

Geisenheimer Zeitung

Anzeigebblatt der Stadt Geisenheim.

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Samstag;
Bezugspreis: 2.— Mark monatlich frei ins Haus oder durch die Post
in der Geschäftsstelle abgeholt 2.—.

Schriftleitung, Druck und Verlag von Arthur Jander, Geisenheim.



General-Anzeiger für den Rheingau.

Anzeigenpreis: Die 6-gespaltene Zeile oder deren Raum für Geisenheim
25 h, auswärtiger Preis 30 h. Reklamezeile 90 h. Bei mehrmaliger Aufnahme
Rabatt nach Tarif. — Nr. 2789a der Reichspost-Zeitungsliste.

Telegraphen-Anschluß Nr. 123 Amt Rüdesheim am Rhein.

Nummer 93.

Dienstag den 10. August 1920.

20. Jahrgang.

Christentum und Bolschewismus.

Ein päpstliches Motu Proprio.

Zur Feier des 50. Jahrestages der Proklamierung des hl. Patriarchen Joseph zum Schutzherrn der katholischen Kirche hat Papst Benedikt XV. ein Motu proprio erlassen, aus dem wir nach der „Germania“ folgende Abschnitte wiedergeben:

„In den Köpfen und in den Herzen aller revolutionären Massen spukt der Gedanke an das

Nutzen einer gewissen Weltrepublik, welche auf den Fundamenten der Gleichheit der Menschen und der Gemeinschaft der Güter beruhen und in der es keinen Unterschied der Nationalität mehr geben soll, noch weiterhin die Autorität des Vaters über die Kinder, noch auch eines Staates über die Bürger, noch auch eines Vorgesetzten über die Untergebenen, die in dieser bürgerlichen Gemeinschaft verbunden sind, mehr anerkannt werden wird. Unter Dingen, die bei ihrer Verwirklichung zu schrecklichen sozialen Zuckungen führen müßten, wie man schon bei jener sozialen Zuckung wahrnehmen kann, die gegenwärtig einen nicht kleinen Teil Europas heimsucht, das man möchte auch gar zu gern bei den übrigen Völkern eine ähnliche Situation herbeiführen, wie wir sie dort sehen, so die Völker von der blinden Wut einiger weniger (Terroristen) erregt werden, und da und dort möchte man unangelegentlich schwere Erschütterungen hervorgerufen. Wir müssen haben, mehr als alle anderen bekümmert um diese Bedenken, der Dinge, keine Gelegenheit, die sich uns bot, vorbeizugehen lassen, um den Kindern der Kirche ihre Pflicht anzuzeigen, wie wir es schon neulich in den beiden Briefen an den Bischof von Bergamo und an die Bischöfe des Veneto getan haben. Und wiederum aus dem gleichen Grunde um diejenigen, die nur immer und überall auf unserer Seite stehen, und die sich durch ihre Arbeit ihre Verdienste verdienen müssen, an ihre Pflicht zu erinnern, und in sie von der

Ankündigung des Sozialismus, des bittersten Feindes der christlichen Grundgesetze.

Und unversehrt zu bewahren, stellen wir ihnen jetzt in großer Eindringlichkeit und in ganz besonderer Weise die hl. Josef vor Augen, damit sie ihm als ihrem besonderen Patron folgen und ihn als himmlischen Schutzherrn ehren können.

Was besonders die Arbeiter betrifft, so möchten wir auf die Worte zurückkommen, die unter analogen Verhältnissen unser Vorgänger seltsam Andenkens, Leo XIII., ausgesprochen hat. Denn sie sind so zutreffend, daß U. G. keine geeigneteren Worte jetzt finden lassen:

„In Betracht dieser Schicksale müssen die Armen und alle die von der Frucht ihrer Arbeit leben müssen, von einem erhabeneren Gefühl der Willigkeit (d. i. der sozialen Gerechtigkeit) befeuert sein; wenn ihnen nämlich die Gerechtigkeit auch erlaubt, sich aus ihrer Notlage herauszuheben um eine bessere Lebenslage zu schaffen, so ist es doch durch die Gerechtigkeit und durch die Vernunft selbst verboten, die Ordnung umzustößen, welche von der göttlichen Vorsehung selbst so eingerichtet worden ist. Ja, es ist sogar ein tödlicher Fehler, zur Gewalt zu greifen und Verbesserungen auf dem Wege von Aufsehung und Aufruhr herbeizuführen; denn diese tragen höchstens und in den meisten Fällen nur dazu bei, noch die unangenehme Lage zu verschlimmern, die sie befeuern wollten. Wenn indes die Armen vernünftig vorgehen wollen, so sollen sie nicht auf die tödlichen Versprechungen von Volksaufwieglern achten, sondern mehr auf das Beispiel und den Schutz des hl. Josef und auf die mütterliche Liebe der Kirche vertrauen, welche von Tag zu Tag sich immer mehr ihrer annimmt.“

Die Verminderung des Heeres.

Fürsorge für die zur Entlassung kommenden Heeresangehörigen.

Nach dem Abkommen in Spa muß das deutsche Heer bis zum 1. Januar 1921 auf 100 000 Mann herabgemindert sein. War es schon im vorigen Sommer während der unregelmäßigen wirtschaftlichen Zustände nicht leicht, das Heer von etwa 400 000 Mann auf etwa 200 000 zu vermindern, so steht die abermalige Entlassung von 100 000 Mann in dem wirtschaftlich sehr ungünstigen Augenblick auf nicht geringere Schwierigkeiten, da sie zu einem Zeitpunkt verschärfter Wirtschaftskrise und stets wachsender Arbeitslosigkeit erfolgen muß. Zur Versorgung der auf Grund des Vertrages von Spa zu Entlassenen sind zweierlei Maßnahmen vorgesehen, einmal Uebergangsmaßnahmen, dann die Arbeitsvermittlung.

Die Fürsorge

beginnt am Tage nach der Entlassung aus der Reichswehr und endet zwei Monate später. Die auf Fürsorge Entlassenen werden von der Truppe an den Ort entlassen, dessen Arbeitsnachweis für sie zuständig ist, d. h. i. a. dorthin, wo sie am 1. August 1914 waren, vor dem Eintritt in den Militärdienst, gewohnt oder gearbeitet haben. Die Entlassenen erhalten bei der Entlassung, außer einer Treuprämie eine Uebergangsentschädigung und eine Beihilfe zu Vorzugspreisen. Ein Vorrat an Kleidungsstücken, Stiefel, Mantel und Wäsche wird ihnen für 10 Mark überlassen, ein militärischer Anzug, aber keine militärische Abzeichen, für 20 Mark. Außerdem erhalten sie Fürsorgegebühren für die Zeit, bis sie die Arbeit erhalten, aber nicht über zwei Monate hinaus, und diejenigen, die sofort eine Arbeit finden, erhalten eine besondere Prämie, deren Höhe noch nicht feststeht.

Die Arbeitsvermittlung

wird auf Grund des allgemeinen Arbeitsnachweiswesens von den Fürsorgestellen besorgt, die bei den Wehrkreiskommandos in einer Anzahl von je drei Stellen eingerichtet werden und die mit Wirtschaftsbeiräten aus der Gewerkschaftspraxis zusammenarbeiten. Dabei wird die Fürsorge von den Behörden des Heimatortes, nicht des Entlassungsortes, ausgeübt. Für die Entlassenen werden außerdem freiwillige Unterstufstellen an den Orten, an denen es sich wegen der Anzahl der Entlassenen lohnt, eingerichtet. Für die Entlassung der auscheidenden Berufs Soldaten, soweit sie nicht in dem verringerten Heer bleiben, hat das Reich besondere Verpflichtungen übernommen, die es aber nur in Zusammenarbeit mit den Organisationen des Wirtschaftslebens erfüllen kann. Solche Organisationen bestehen für Offiziere schon im Hilfsbund für kriegsentsessene Offiziere, in der Reichsarbeitsvermittlung für Offiziere und der Arbeitsvermittlung für ehemalige Berufs Soldaten beim Reichswirtschaftsministerium. Diese haben insbesondere dafür gesorgt, daß keine Ueberflutung einzelner Berufe eintritt, und daß die bodenständigen Elemente nicht gegenüber den ehemaligen Soldaten zurückgesetzt werden. Pflicht der einzelnen Berufe ist es, den neu in sie Eintretenden das Hineinleben nicht durch Voreingenommenheit zu erschweren.

Ein internationaler Kohlenrat.

Die Internationale für die Sechsstundenschicht.

Der internationale Bergarbeiterkongress in Genf hat am Freitag seine Beratungen beendet. In der letzten Sitzung wurde eine Reihe wichtiger Beschlüsse gefaßt. Die Sechsstundenschicht wurde auf Antrag der deutschen Vertreter grundsätzlich einstimmig angenommen. Dem internationalen Arbeitsamt soll die Entscheidung darüber belassen werden, ob die Einführung der Sechsstundenschicht möglich sei.

Ferner brachte der deutsche Bergarbeiterführer Que einen Antrag auf Errichtung eines internationalen Kohlenrates ein. Der Antrag fordert ein internationales Verteilungsamt für Kohle und andere Rohstoffe, die für die Wiederaufnahme eines normalen Lebens aller Völker unentbehrlich sind, und verlangt, daß das internationale Arbeitsamt diesen dringlichen, durch die Delegierten der Bergarbeiter erhobenen Forderungen besondere Beachtung schenke und sich bemühe, sie sobald als möglich im Einverständnis mit dem Exekutivkomitee des internationalen Bergarbeiterbundes und unter Mithilfe der verschiedenen Organe des Völkerbundes zu lösen. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Schließlich wurden noch zwei von den Franzosen eingebrachte Anträge einstimmig angenommen. Die erste Resolution bezieht sich auf die Notwendigkeit der Rationalisierung oder Sozialisierung. Das Komitee wird beauftragt, mit allen Mitteln und nötigenfalls mit dem Generalstreik die möglichst schnelle Verwirklichung dieser Forderung durchzusetzen.

Die zweite Resolution, die gleichfalls von den Franzosen ausgeht, bezieht sich auf den Generalstreik im Falle des Krieges. Der Internationale Bergarbeiterbund ist danach bereit, den internationalen Generalstreik im Falle einer aggressiven Militärpolitik irgendeines Monarchen oder einer Regierung zu erklären oder über solche Länder den Boykott zu verhängen, nötigenfalls unter Ausrufung der Mithilfe anderer Organisationen. Auch diese Resolution wurde unter großer Begeisterung angenommen. Die Franzosen schrien: „Nieder mit dem Krieg!“

Sodann wurde die Wahl des Internationalen Komitees des Bundes vorgenommen, dem von der Seite der Delegierten Wißmann und Imbusch angehören sollen. Der Kongress schloß, indem die einzelnen Sektionen ihr Vergammaslied sangen, nachdem alle gemeinsam die Internationale gesungen hatten.

Englisch-russisches Abkommen?

Neue Verhandlungen in London?

Nach Londoner und Pariser Meldungen hat Lloyd George gleich nach dem Empfang der russischen Antwort die bolschewistischen Delegierten Krassin und Kamenev empfangen und mit diesen in fünfeinhalbstündiger Unterredung eingehend die Bedingungen des Waffenstillstandes zwischen Polen und Rußland erörtert. Die „Times“ melden, daß zum Schluß ein endgültiges Abkommen getroffen wurde, das Kamenev noch am gleichen Tage funktentelegraphisch nach Moskau weitergab. Von Lenins Antwort hängt es ab, ob die Krise sich lösen wird.

Lloyd George und Millerand in Hythe.

Millerand und Lloyd George hatten am Sonntag eine neue Zusammenkunft in Hythe, um die polnisch-russische Frage zu erörtern. Die Marschälle Foch und Billaud nahmen an den Besprechungen teil.

Der „Matin“ bemerkt zu der Nachricht von der neuen Zusammenkunft des französischen und englischen Ministerpräsidenten:

„Zwei Möglichkeiten kämen nicht mehr in Frage, 1. die Entsendung verbündeter Truppen nach Polen, 2. die Unterstützung Polens durch die Nachbarstaaten. Frankreich und England seien darum nicht weniger entschlossen, dem bolschewistischen Vordringen Halt zu gebieten.“

Also Verzicht auf jegliche Waffenhilfe für Polen.

Frankreich und englischer Arbeiterprotest.

Die sozialistische Partei Frankreichs hat gemeinsam mit dem allgemeinen Arbeiterverband beschlossen, sofort Schritte zu unternehmen, um gegen edes Unternehmen gegen Sowjetrußland zu protestieren. Die englische Arbeiterpartei veröffentlicht gemeinsam mit den Gewerkschaften einen Aufruf an das britische Volk, in dem auf die Möglichkeit hingewiesen wird, daß Großbritannien in einen neuen Krieg verwickelt werden könnte. Polen wird beschuldigt, nach Gebietsveränderungen gestrebt zu haben. Der Aufruf erklärt nachdrücklich, daß die britischen Arbeiter nicht als Bundesgenossen Polens an einem Kriege teilnehmen werden. Eine Kriegserklärung hätte den Generalstreik zur Folge.

Neutralitätsklärungen.

Der italienische Außenminister Graf Sforza wandte sich in der Kammer gegen die Vordrängung, die ganz gegen den Sinn des italienischen Volkes sei. Die Regierung habe mit Moskau ein Abkommen über die Zulassung eines russischen Agenten in Italien und eines italienischen in Rußland getroffen, die an der Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen beider Länder arbeiten werden. Der russische Agent werde in Rom erwartet. Weiter erklärt der Minister, die italienische Regierung wünsche sich nicht in die Ereignisse in Osteuropa einzumischen.

Auch die rumänische Regierung hat beschlossen, nichts gegen Sowjetrußland zu tun, desgleichen betonte der tschechische Außenminister in entschiedener Weise den Standpunkt der vorbehaltlosen Neutralität im russisch-polnischen Kriege.

Auch Amerika wird nicht helfen.

Aus Washington meldet eine Havasnote, daß der Staatssekretär des Auswärtigen und der Unterstaatssekretär eine lange Konferenz mit Wilson gehabt haben. In Regierungskreisen ist man der Ansicht, daß es unmöglich sei, Polen zu retten, wenn ihm die Alliierten keine militärische Hilfe angedeihen lassen. Jedenfalls ist es aber sehr unwahrscheinlich und unmöglich, daß unter den gegenwärtigen Umständen die Vereinigten Staaten sich an einer militärischen Aktion beteiligen werden.

Die Ententehilfe für Polen.

Schöne Gesten und tönende Worte.

Die Warschauer Regierung hat die Einleitung von Friedensverhandlungen mit Sowjetrußland von der Anerkennung der Souveränität des polnischen Staates und von der Verpflichtung der Sowjetregierung, sich in die inneren Angelegenheiten Polens nicht einzumischen, abhängig gemacht. Welches hat die Sowjetregierung schon längst wiederholt zugesichert, und auch in der letzten Antwortnote an England hat sie sich abermals bereit erklärt, die volle Unabhängigkeit Polens zu garantieren. Inzwischen haben sich die polnischen Friedensdelegierten mit Vollmachten zum Abschluß eines Friedensvertrages mit den Bolschewisten nach Minik begeben.

Damit hat die polnische Regierung jegliche Hoffnung auf die Ententehilfe aufgegeben. Es blieb ihr schließlich auch nichts anderes übrig, nachdem sich die mehrfach angekündigte und feierlich versprochene Waffenhilfe der Entente auf schöne Gesten und tönende Worte ihrer Staatsmänner beschränkte. Wenn es der Entente um das Wohl ihrer polnischen Schützlinge zu tun gewesen wäre, dann hätten sie Polen schon längst mit Truppen und Kriegsmaterial zu Hilfe kommen müssen. Mit der Entsendung einiger Divisionen wäre ihnen allerdings nicht gedient gewesen. Wenn man nicht Gefahr laufen wollte, von den Bolschewisten ebenfalls überfallen zu werden, dann mußte man den Polen schon eine starke Armee zu Hilfe senden, die imstande gewesen wäre, dem siegreichen Bolschewistenheer Halt zu gebieten. Da man sich einer Blamage nicht aussetzen wollte und vielleicht auch den Widerstand der Arbeiterschaft in den Ententeländern befürchtete, so ließ man den Plan einer militärischen Unterstützung fallen und beschränkte sich darauf, ein einziges Schiff mit Kriegsmaterial nach Danzig zu senden, dessen Entladung obenrein noch durch die Weigerung der Danziger Arbeiterschaft verzögert wurde. Außerdem schickte man zwei Militärmissionen nach Warschau, die den Polen nach tagelanger Anwesenheit keinen besseren Rat zu geben wußten, als auf schleunigen Abschluß eines Waffenstillstandes mit Rußland zu drängen. Daß in England keine große Lust bestand, sich wegen Polen in kriegerische Normidellunnen

einzulassen, hatte Lloyd George deutlich durchblicken lassen, als er im Unterhaus nur von „moralischer“ Unterstützung sprach. Frankreich, das schließlich geneigt gewesen wäre, einige Divisionen nach Polen zu senden, mußte darauf verzichten, weil Deutschland ganz energisch auf der Wahrung seiner Neutralität bestand und französische Truppentransporte durch deutsches Gebiet ablehnte.

Nun sieht sich die Entente nach neuen Waffenangeboten für Polen um. Doch weder Rumänien noch die Tschechoslowakei zeigen große Lust, für die Entente die Kasanien aus dem Feuer zu holen. Einzig allein die ungarische Regierung hat Polen ihren Beistand angeboten. Nach englischen Blättermeldungen soll sie den Polen angeboten haben, je zwei Divisionen Infanterie und Kavallerie zu stellen. Budapest verlangt aber anscheinend die Rückgabe der ungarischen Gebietssteile, die es nach dem Friedensvertrag an Rumänien und an die Tschechoslowakei abgeben mußte. Es ist jedoch kaum anzunehmen, daß diese Länder sich darauf einlassen. Also bleibt auch die ungarische Hilfe problematischer Natur und Polen muß sehen, wie es allein mit den Russen fertig wird.

Für Deutschland bedeutet der Verzicht der Entente auf Truppenleistungen für Polen eine wesentliche Entspannung der außenpolitischen Lage. Die Befürchtungen, die wir wegen Gefährdung der deutschen Neutralität hegen mußten, werden dadurch wesentlich gemindert. Allem Anschein nach will sich die Entente mit einer Neuaufgabe der wirtschaftlichen Blockade gegen Rußland begnügen. Diese dürfte jedoch auf den Gang der kriegerischen Ereignisse wenig Einfluß haben. In Berlin hält man die augenblickliche Lage für wesentlich geklärt, das beweise auch die Urlaubsreise Fehrenbachs und Simons. Letzterer hat sich auf einige Tage in die Schweiz begeben. Da sich auch Giolitti und Lloyd George demnächst dort einfinden werden, ist eine Zusammenkunft Simons mit den Entente-Staatsmännern nicht unwahrscheinlich.

Die Russen vor Warschau.

Verteidigung der Hauptstadt bis zum Neujahr.

Der Stadtrat der Hauptstadt Warschau beschloß, einen Rat zur Verteidigung der Stadt zu bilden, der aus 11 Personen bestehen und die Aufgabe haben soll, die Tätigkeit der Bevölkerung der Stadt Warschau zur Verteidigung zusammenzufassen. Gleichzeitig wurde ein Aufruf an die Bevölkerung erlassen, in dem es unter anderem heißt:

„Bürger der Hauptstadt! Der Feind befindet sich nur einige Meilen von Warschau. Die Hauptstadt des polnischen Reiches steht vor einer drohenden Gefahr. Zur Verteidigung der Hauptstadt müssen alle Bürger in Reih und Glied treten. Der Tag ist gekommen. Es gibt keine Wahl. Entweder Kampf bis zum Neujahr und damit Sieg und Freiheit, oder Elend und Tod. Die Hauptstadt wird sich nicht ergeben. Bürger, zu den Waffen!“

Maueranschläge fordern die Bevölkerung zum Eintritt in die Warschauer städtische Sicherheitswehr auf, an der auch die sozialistische Partei teilnimmt. Premierminister Witos erklärte, Warschau werde sich „bis zur letzten Möglichkeit“ verteidigen. Die polnische Regierung hat von neuem dringende Hilferufe an alle alliierten Kabinette gerichtet um Beschleunigung der militärischen Hilfe.

Warschau unter russischem Feuer.

Die „Times“ melden aus Krakau: Die nördlichen Außenposten der Festung Warschau stehen seit Freitag früh unter dem Feuer russischer Artilleriegeschosse. Die polnischen Batterien erwidern das Feuer. Es wird gemeldet, daß sich nördlich Warschaws Kämpfe zwischen Teilen der russischen Nordarmee und den polnischen Verteidigungskräften entwickelt haben.

Kämpfe bei Ostrolenka und am Bug.

Der amtliche polnische Heeresbericht vom 5. August besagt:

Der Feind griff im weiteren Verlauf der Kämpfe Ostrolenka hartnäckig an. Unsere Abteilungen der freiwilligen Armee schlugen jedoch nicht nur diese Angriffe ab, sondern nahmen in lokalen Gegenangriffen Gefangene und Maschinengewehre. Deshalb von Ostrolenka fanden weitere Kämpfe mit feindlichen Abteilungen, die den Bug überschritten hatten, statt. In der Gegend von Pralim, warfen unsere Abteilungen den Feind endgültig über den Bug zurück und nahmen Gefangene und Maschinengewehre. Im Raume von Brest wurden wir durch hartnäckige Angriffe des Feindes gezwungen, Tereapol teil weise aufzugeben, aber ein heldenmütiger Gegenangriff der polnischen Regimenter warf den Feind auf das Ufer des Bug zurück. Südlich von Brest wurde ein energischer Angriff des Feindes auf den Brückenkopf Stawathye abgeschlagen. Weiter südlich herrscht an der Buglinie Ruhe. In weiteren Kämpfen im Raume von Brody drängten unsere Truppen den Feind auf die Höhen von Radziszew zurück.

Die Bedeutung Oberschlesiens.

Ohne Oberschlesien keine Erfüllung der Verträge von Spa und Versailles.

Der Abstimmungstermin für Oberschlesien ist immer noch nicht festgelegt. Eine Zeitlang hieß es, die Abstimmung solle im September oder spätestens im Oktober vorgenommen werden. Vor kurzem hat nun Lloyd George im Unterhaus erklärt, die Entscheidung in Oberschlesien werde vermutlich in die Weihnachtsgzeit fallen. Aus dieser Äußerung des britischen Ministerpräsidenten ging nicht hervor, ob sie sich auf irgendwelche Beschlüsse der Vorkonferenzkonferenz stützt. Es muß aber schon jetzt darauf hingewiesen werden, daß dies aus wirtschaftlichen und politischen Gründen der denkbar ungünstigste Zeitpunkt für die Abstimmung wäre. Die Abberaumung der Abstimmung für den Winter würde bedeuten, daß Tausenden von Abstimmungsberechtigten außerhalb Oberschlesiens die Reise aufs äußerste erschwert oder gar unmöglich gemacht würde. Wie angesichts der traurigen Kohlenlage Deutschlands sich die Verkehrsverhältnisse in einigen Monaten gestalten werden, ist ebenfalls unklar. Ferner darf auch nicht unbeachtet bleiben, daß die Lage der Bevölkerung und Industrie in Oberschlesien nicht eine Verlängerung der jetzigen politischen Unsicherheit um mehrere Monate gestattet.

Die Erfüllung des Kohlenabkommens von Spa ist ohne Oberschlesien schlechthin unmöglich. Vergebens haben unsere Vertreter in Spa auf den Abschluß eines Abkommens über die Lage in Ober-

schlesien gedrungen, wodurch entweder die deutsche Regierung die Verteilung der ober-schlesischen Kohle zurückerhält oder ihr doch der monatliche Bezug von mindestens 1½ Millionen Tonnen ober-schlesischer Kohle gewährleistet wird. Die Entente hat sich nur zu dem Zugeständnis bereit finden lassen, daß zwischen den Alliierten und der zögerlich eine Übereinkunft über die Verteilung der ober-schlesischen Kohlenherzeugung durch eine Kommission, in der Deutschland vertreten sein wird, getroffen wird. Weiter erklärte Lloyd George im Laufe der Verhandlungen, er sei sehr besorgt, zu erreichen, daß Deutschland in der schlesischen Kohlenangelegenheit unparteiisch behandelt werde. Eine bestimmte Menge wurde Deutschland in dem Protokoll nicht zugesprochen.

Vorläufig entscheidet der französische General De Mond als Vorsitzender der Interalliierten Kommission für Oberschlesien allein und unumschränkt über die ober-schlesische Kohlenproduktion. Daß bei der Verteilung die polnischen Schlingel nicht schlecht wegkommen, darüber kann kein Zweifel bestehen. Auch wissen wir ganz genau, daß Polen einen großen Teil der ober-schlesischen Kohlen nicht im eigenen Lande verbraucht, sondern an das Ausland, besonders an die Nordstaaten, mit großem Gewinn weiterverkauft. Diese Tatsachen sind natürlich auch der ober-schlesischen Arbeiterschaft bekannt und nicht gerade geeignet, ihre Arbeitslust zu heben. In dem Augenblick jedoch, in dem Oberschlesien endgültig als zu Deutschland gehörig anerkannt und die französische Besatzung zurückgezogen wird, steigt nach Ansicht der Bergarbeitervertreter die tägliche Kohlenförderung um mindestens 30 000 Tonnen, das heißt, fast um so viel, als die Entente an Mehrleistung von uns verlangt. Im Interesse der Erfüllung des Kohlenabkommens müssen wir also auf möglichst schneller Beseitigung der Besatzung bestehen.

Ohne Oberschlesien ist Deutschland nicht lebensfähig.

Doch nicht allein die Erfüllung des Kohlenabkommens hängt von Oberschlesien ab, sondern die Innehaltung des Versailler Friedensvertrages überhaupt ist nur unter der Voraussetzung möglich, daß Oberschlesien, das schon seit 800 Jahren deutsches Gebiet ist und Deutschlands Schicksal und Kultur teilt, beim deutschen Mutterlande verbleibt. Die ober-schlesische Steinkohlenproduktion betrug in den letzten Friedensjahren etwa ein Viertel der gesamten deutschen Förderung. Bei einem Verlust von Oberschlesien wären wir um 35 Millionen Tonnen Kohlen ärmer und für unser gesamtes Wirtschaftsleben würden uns insgesamt nur noch etwa 65 Millionen Tonnen zur Verfügung stehen, während wir 1913 einen Eigenverbrauch von 184 Millionen Tonnen hatten und bei einer Einfuhr von 11 Millionen 45 Millionen Tonnen Steinkohlen ausführen. Nur 40 Prozent unseres Friedensbedarfes würden uns bleiben. Eine solche Einschränkung des Kohlenverbrauchs müßte die Erdrosselung des deutschen Wirtschaftslebens zur Folge haben, sie wäre gleichbedeutend mit dem Ruin des deutschen Volkes. Tausende von Arbeitern müßten ihre Arbeit verlieren.

Oberschlesien liefert uns neben den Steinkohlen 17,4 Prozent der gesamten Weltproduktion an Zink, die ober-schlesische Bleierzzeugung betrug 25 Prozent der deutschen Bleiherstellung, die ober-schlesische Bleifabrikation stellte 400 000 Tonnen Steinkohlen her. Ganz enorm war die Produktion der Eisenhütten, die einen bedeutenden Betriebszweig der ober-schlesischen Industrie bilden, der Eisen- und Stahlgießereien, der Walzwerke und Verfeinerungsbetriebe.

Neben diesen Industrien des eigentlichen Hüttenbezirks stehen in Oberschlesien auch noch eine Reihe anderer Industriezweige in hoher Blüte. Es sind dies vor allem die Industrien der Steine und Erden. Im letzten Friedensjahr betrug der Wert der Produktion der ober-schlesischen Portland-Zementwerke nahezu 20 Millionen Mark. Der ober-schlesische Zement war im Ausland sehr begehrt. Auch die Kalkindustrie ist von großer Bedeutung. Zurzeit sind 36 Werke im Betrieb, die jährlich zwei Millionen Tonnen Kalk produzieren. Ganz bedeutend ist die Holz- und Papierindustrie. Oberschlesien verfügt über die größten Papierfabriken Deutschlands. Weiter sind zu erwähnen die Eisen- und Metallverarbeitung, die chemische Industrie, die Textilindustrie, die Industrie der Nahrungsmittel und Genussmittel und die elektrische Industrie.

Würde Oberschlesien mit seinen bedeutenden Industriezweigen vom Deutschen Reich losgetrennt, dann wäre ein Wiederaufbau Deutschlands unmöglich, vor einer Wiedergutmachung gar nicht zu reden. Die politischen, finanziellen und wirtschaftlichen Rückwirkungen auf ganz Europa wären unübersehbar. Westeuropa ist auf unsere Arbeit angewiesen und kann ohne ein leistungsfähiges Deutschland selbst nicht leben. Schon aus diesem Grunde allein dürfte die Entente niemals an eine Eingliederung Oberschlesiens nach Polen denken. Eine polnische Wirtschaft kann eine deutsche Wirtschaft niemals ersetzen. Dafür zeugt der Niedergang der verschiedensten Industriezweige in den ehemals deutschen Gebieten Westpreußens und Posen. Die Oberschlesier werden sich nicht auf die Einsicht der Entente verlassen, sondern durch eigenes Urteil das Schicksal ihrer Heimat bestimmen, damit auch über die Zukunft des ganzen deutschen Reiches entscheiden.

Die Flaggenfrage.

Eine Flaggennote an Frankreich. — Ausrufung des Völkerbundes.

Die Flaggenfrage, die nach den Mitteilungen des Reichsaussenministers in der letzten Reichstagsitzung immer noch nicht erledigt ist, ist zur Zeit Gegenstand eines Notenwechsels zwischen der französischen Botschaft und der deutschen Regierung. Die letztere hofft Mittel und Wege zu finden, die aus der Flaggenangelegenheit entstandene Spannung im Sinne der Völkerbundsaufsicht zu erledigen.

Ein diesbezügliches Schriftstück ist der französischen Botschaft am Donnerstagabend übermittelt worden. Es weist auf die in Frage kommenden Artikel der Völkerbundsaufsicht des Friedensvertrages von Versailles hin, die Mittel an die Hand geben, die Angelegenheit in einer beiden Teilen gerecht werden- den Weise aus der Welt zu schaffen.

Artikel 13 Absatz 1 spricht davon, daß eine Frage zwischen Bundesmitgliedern, die auf diplomatischem Wege nicht zufriedenstellend geregelt werden kann, in ihrer Gesamtheit der Schiedsgerichtsbarkeit des Völkerbundes unterbreitet werden soll. Artikel 17 bestimmt, daß die Anwendung der Bestimmungen über das Schiedsgericht auf Streitigkeiten zwischen einem Bundesmitglied und einem Nichtmitglied. (Deutschland bisher noch nicht Mitglied des Völkerbundes.)

Bestimmte ins einzelne gehende Vorschläge in diesem Schriftstück noch nicht gemacht worden, es sich zunächst nur darum handelt, das grundsätzliche Einverständnis der französischen Regierung zu der deutschen Anregung zu erhalten.

Fehrenbach und Simons auf Urlaub.

Reichsanwalt Fehrenbach hat sich auf Urlaub im Breisgau, seine Heimat, begeben. Auch Reichsminister Dr. Simons will einen vierzehntägigen Urlaub antreten, den er in der Schweiz verbringen will. Die Dauer ihrer Abwesenheit hängt natürlich von dem Gange der politischen Ereignisse ab. Die Tatsache, daß Reichsanwalt und Außenminister auf kurze Zeit von Berlin verlassen, berechtigt zu der Annahme, daß die gesamte politische Lage trotz ihres großen Ernstes in der Auffassung der beiden maßgebendsten Stellen unmittelbar drohende Gefahr birgt.

Rußland verlangt Bürgschaften.

Eine Note Kamenevs.

Der bolschewistische Delegierte in London hat die Öffentlichkeit eine lange Note übergeben, die er Lloyd George überreicht hat. Es heißt darin, Kamenev hat sich bereit erklärt, die Mitteilung Lloyd Georges, daß die englische Regierung entschlossen sei, im Hinblick auf das Einrücken der Sowjettruppen in ethnographische Polen die Blockade zu erneuern, seiner Regierung zu übermitteln.

Weiter heißt es in der Note Kamenevs:

Die Geschichte des polnischen Angriffs auf Rußland und die unbestreitbare Tatsache der planmäßigen und fortwährenden Hilfe, welche Polen von Frankreich erhält, sowie die Anwesenheit des Heeres des Generals Wrangel in der Krim, die die französische Regierung ebenfalls unterstützt, zeigen die russische Regierung, mit den Waffenstillstandsbedingungen gewisse Bürgschaften zu verbinden, die es Polen unmöglich machen würden, die Zeit des Waffenstillstandes dazu zu benutzen, neue Feindschaften gegen Rußland vorzubereiten. Zu den gebotenen Bürgschaften gehört eine teilweise Entwaffnung und Einstellung der Rekrutierung, sowohl der freiwilligen als auch der Dienstpflichtigen.

Schischerin hat in seiner Note vom 22. Juli eine Konferenz lediglich mit den hervorragendsten Ententemitgliedern vorgeschlagen. Der Rußen einer solchen Konferenz würde in der Tatsache liegen, daß diese Staaten keinen Krieg ohne die Hilfe der Sowjetmächte der Entente führen können, so daß diese Konferenz tatsächlich Sicherungen für den gemeinsamen europäischen Frieden bringen würde.

Die polnische Regierung in Krakau.

Die Mitglieder der polnischen Regierung sind in Krakau eingetroffen. Am Freitag vormittag hat die Sitzung des Kabinetts und eine solche des Landesverteidigungsrates unter Vorsitz von Bilsuski stattgefunden. Es wurde ein offizielles Telegramm aus Paris überlesen, worin die französische Regierung die militärische Hilfeleistung zusichert. Der Landesverteidigungsrat beschloß daraufhin, alle Maßnahmen zur Verteidigung des Landes zu treffen, die den Anforderungen der zurückgestellten und untauglichen einordnen und die weiteren Jahrgänge bis zum 50. Lebensjahr (1) einzuberufen.

Der polnische Landesverteidigungsrat hat die südliche Weichselufer und das nachdrückliche Lizien als unmittelbare Gefahrenzone erklärt. In den anderen nicht besetzten polnischen Städten wurden die Aushebungen der wehrfähigen Männer bis zum 40. Lebensjahr veranlaßt.

Polnischer Rückzug in Galizien.

Die Havasagentur meldet aus Lemberg: Die russische Südarmee hat eine neue Angriffsbewegung gegen Lemberg eingeleitet. Die Polen sind 24 Stunden nördlich von Brody auf neue neue in die Lage begriffen. Die Rote Armee unter dem General Budenny hat mit überlegenen Kavalleriemassen in mehreren Stellen des Bereichs der polnischen Truppen auf das Lufthaus zurückgeworfen.

Politische Rundschau.

— Berlin, den 7. August 1920.

— Der Staatssekretär z. D. Dr. Peters ist vom Reichspräsidenten zum Reichskommissar für Entwaffnung ernannt worden.

— Der Reichskommissar hat der Rheinlandkommission eine Note überreicht, in der die Reichsregierung ihren Standpunkt über die bestimmungswidrige Verhaftung Doretens Ausdruck gibt und mitteilt, daß die preussische Regierung eine Untersuchung zur Feststellung und Beseitigung der Schuldigen eingeleitet habe.

— Der Hauptausschuß des Reichsverbandes der deutschen Industrie beschloß, von Regierung und Reichstag die schnelle Aufhebung der sogenannten sozialen Aufhebungsgebühren zu fordern.

— Der Telefonverkehr mit Saarbrücken ist seit Freitag früh von den Franzosen gesperrt. Vermutlich haben sich die Postbeamten der Saarbewegung gegen Saarbeamten gegen ihre Entretung angeschlossen.

— Der badische Landtag bewilligte, der Reichspräsidenten ein Ruhegehalt von jährlich 20 000 Mark zu zahlen.

— Keine französischen Truppentransporte nach Oberschlesien. Von zuständiger Seite wird mitgeteilt, daß nach einer von einem Geheimbefehl der interalliierten Kommission für Oberschlesien an die Eisenbahndirektion Katowitz über die Durchführung französischer Truppentransporte ist unrichtig. Ein dergleichen Befehl ist den Eisenbahnbehörden nie zugegangen. Im Bezirk Katowitz sind auch bisher keine Besatzungstruppen der Alliierten in Oberschlesien geschickt worden. Für Polen bestimmte Transportzüge haben den Bezirk nicht berührt. Nach der

Nachricht von einer erregten Stimmung unter der Beamtenschaft und Arbeiterschaft des Direktionsbezirks ist unzutreffend. Im Bezirk ist alles ruhig. Der Eisenbahnverkehr wickelt sich vollkommen ordnungsmäßig ab. — Auch die in letzter Zeit verbreiteten Alarmnachrichten über angebliche Verkehrsbeschränkungen im linksrheinischen Gebiet, besonders in der Pfalz, wegen Ansammlungen von Ententetruppen für Polen sind unzutreffend.

Senkung der Viehpreise. Der Volkswirtschaftliche Ausschuss des Reichstages verhandelte am Donnerstag über die Fleischbewirtschaftung. Es lag ein Regierungsantrag vor, die Viehpreise herabzusetzen, um die mit großer Festigkeit gestritten wurde. Nachdem Minister Hermes gedroht hatte, er werde von seinem Amt zurücktreten, wenn der Antrag abgelehnt würde, da er die hohen Viehpreise nicht mehr verantworten könne, entsprach der Ausschuss mit 15 gegen 13 Stimmen der Vorlage. Für den Antrag stimmten die 7 Ausschussmitglieder der Sozialdemokratie, die 5 Unabhängigen, und vom Zentrum 3 Kommissionsmitglieder, die im Industriegebiet gewählt sind. Die übrigen Zentrumleute und die anderen Parteien stimmten gegen die Preisenkung. Das Pfund Fleisch soll nach den angestellten Berechnungen um 1,20 Mark billiger werden. Die Viehpreise für Lebendgewicht sind antragsgemäß um 40 Mark herabgesetzt.

Schweiz: Der Sozialistenkongress gegen die Hunger-Woche.

Der Genfer Kongress hat in erfreulicher Weise Stellung genommen gegen die englische Hungerwoche. Der bekannte Arbeiterführer MacDonald gab in einer warmherzigen Rede eine Schilderung von seinem Aufenthalt in Deutschland und entwirft ein erschütterndes Bild von den durch die Brangsmassnahmen der Entente hervorgerufenen Zuständen. Mit vor Erregung bebender Stimme sagte er, dass ihn dieser Zustand an die früheren Verhältnisse in England erinnere, wo man heute wegen Schulden ins Gefängnis gesteckt habe. Wir wollen, dass Mitteleuropa wieder durch seine eigene Kraft seine Kinder ernähren kann. (Lebhafter Beifall bei den Deutschen.) Wenn Amerika Deutschland eine Gabe von 100 000 Ähren in Aussicht gestellt hat, so ist die Ausrufe der britischen Regierung, dass kein Schiffsräum dafür da sei, eben nur eine Ausrufe, denn es existiert heute mehr Schiffsräum als vor dem Kriege. Es fehlt nur am guten Willen, und da ist dieser Kongress verpflichtet, seine Stimme zu erheben. Zum Schluss schlägt der Redner eine Resolution für den wirtschaftlichen Wiederaufbau vor.

Marie Juchacz dankte namens der deutschen Delegation MacDonald dafür, dass er nicht nur die Bedürfnisse, sondern auch die Gefühle der Bewohner Mitteleuropas so gut verstanden habe. Die Frauengruppe (Belgien) gibt im Namen der belgischen Delegation ebenfalls der Hoffnung Ausdruck, die Resolution MacDonald müsse einstimmig angenommen werden, da ja alle Länder Europas wieder gemeinsam an seinem Aufbau mitarbeiten müssen, und als Roster dazwischen ruft, er könne diese Erklärung auch im Namen der französischen Delegation abgeben, wurde die Resolution MacDonalds unter lebhaftem Beifall des ganzen Kongresses einstimmig angenommen.

Lozales und Provinzielles.

Weissenheim, 10. Aug. Die „Rh. u. Nahe-Ztg.“ schreibt: Wann ist's gefällig? Vor einer Woche ging eine Nachricht durch die Presse, dass die Hindenburgbrücke in der nächsten Zeit bereits für einen beschränkten Handelsverkehr zwischen dem rechten und linken Rheinufer freigegeben werde, nachdem sowohl die zuständigen deutschen wie auch die Besatzungsbehörden ihre Zustimmung erteilt hätten. Die Entscheidung liegt nunmehr bei der Eisenbahndirektion Mainz. Bis heute ist diese vollkommen brach liegende Brücke allerdings noch nicht für den Verkehr freigegeben worden. Da der Herbst heranrückt und Handel und Verkehr ein außerordentliches großes Interesse an der Freigabe der Brücke haben kann verlangt werden, dass die Eisenbahndirektion Mainz nunmehr umgehend ihre Entscheidung in dieser Angelegenheit trifft und diese nicht unter allen möglichen Vorwänden hinausschiebt, wie es bis jetzt üblich war. Die Geschäftswelt kann verlangen, dass eine solche Entscheidung in kurzer Zeit fällt, und dass sie nicht Monate lang zu warten braucht, bis die Eisenbahndirektion Mainz die Bearbeitung einer solch dringenden Angelegenheit verdrängt hat.

Weissenheim, 10. Aug. Dem Zweigverein vom Roten Kreuz in Rüdelsheim a. Rh. ist vom Provinzialverein ein größerer Posten Lebensmittel aller Art zu ausnahmsweise billigen Preisen überwiesen worden. Die beabsichtigte Unterverteilung der sämtlichen Lebensmittel auf alle Vaterländischen Frauenvereine im Kreise konnte nicht ausgeführt werden, weil die Vaterländischen Frauenvereine in Johannisberg, Lorch, Oestrich und Winkel auf die Zuteilung von Lebensmittel verzichteten. Infolgedessen ist der größte Teil der Waren auf die Vaterländischen Frauenvereine in Rüdelsheim, Weissenheim und Eltville entsprechend der Zahl der versorgungsberechtigten Bevölkerung unterverteilt worden, während der Rest dem Kreiswohlfahrtsamt, Abt. A., dem Kreisvorstand der Kriegsschädigten und Kriegshinterbliebenen-Organisationen, sowie dem Reichsbund der Kriegsschädigten und Kriegshinterbliebenen, Ortsgruppe Rüdelsheim, entsprechend den von diesen Stellen geäußerten Wünschen überwiesen wurden. Die den Vaterländischen Frauenvereinen überwiesenen Lebensmittel sind für die minderbemittelte und notleidende Bevölkerung bestimmt, während die den Kriegsschädigten- und Kriegshinterbliebenen-Organisationen zugeordneten Lebensmittel an dringende bedürftige Kriegsschädigte und Kriegshinterbliebene verabfolgt werden sollen. Der Anteil des Kreiswohlfahrtsamtes, Abt. A., wird in den Mütterberatungsstunden ausgegeben werden.

Weissenheim, 10. Aug. Die allenthalben um sich greifende Jugendbewegung der Deutsch-Demokr. Partei hat auch bei uns hier zur Gründung einer Deutsch-demokratischen Jugendgruppe geführt. Bei der Gründung zeigte sich, dass der demokratischen Jugendbewegung außerordentlich großes Interesse entgegengebracht wird. Die Jugendgruppe hat das Ziel, die demokratische Sache tatkräftig zu unterstützen, sowie das politische Wissen ihrer Mitglieder zu vertiefen. Jedoch soll selbstverständlich auch der Geselligkeit Rechnung getragen werden. Die Jugendbewegung umfasst junge Leute im Alter von 16—30 Jahren und können diejenigen Mitglieder

derselben werden, welche mit den Zielen und Bestrebungen der Jugendgruppe einverstanden sind.

Weissenheim, 10. Aug. Die amtliche Fürsorgestelle teilt mit, dass es nach langen Bemühungen dem Versorgungsamt Wiesbaden gelungen ist, dass kriegsbeschädigte ehemalige Heeresangehörige (nicht Friedensrentenempfänger) aus dem besetzten sowie unbesetzten Deutschland in der Wilhelms-Heilanstalt in Wiesbaden ambulant behandelt werden können. Die Unterbringung Auswärtiger erfolgt im St. Josef-Hospital in Wiesbaden. Bei ehemaligen Offizieren gegen Erstattung der Durchschnittskosten. Gebrauch öffentlicher Kurmittel wochentäglich von 11—1 Uhr, da nur für diese Zeit die Kurmittel von der französischen Behörde freigegeben sind. Die Leitung liegt in Händen des Herrn Dr. Brüning vom Versorgungsamt Wiesbaden, welcher die Behandlung übernommen hat und nach dessen Anordnung die Kur durchgeführt wird. Anträge auf Zulassung der Kur sind beim Versorgungsamt Wiesbaden, Bertramstraße 3, Zimmer 35 einzubringen. Die aus dem unbesetzten Teil Deutschlands zur Kur zugelassenen kriegsbeschädigten ehemaligen Heeresangehörigen (nicht Friedensrentenempfänger) müssen nach der Verordnung der Internationalen Rheinlands-Kommission mit einer von der zuständigen deutschen Behörde unter deren Verantwortlichkeit ausgestellten visierten Ausweisurkunde mit Lichtbild versehen sein.

Reichsviehählung am 1. September. Auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen findet am ersten September im Deutschen Reich eine Viehzählung statt, die sich nach einer Mitteilung des Reichswirtschaftsministers auf Rindvieh, Schafe, Schweine und Ziegen erstreckt. In Preußen werden auf Grund der ministeriellen Anweisung am 1. September auch die Pferde, ohne Militärpferde, mitgezählt. Eine Zählung des Fiederviehes sowie der Kaninchen findet diesmal nicht statt.

Laurentius. Wenn wir auch sonst nicht den Hans-Bud-in die Luft spielen wollen, in der Nacht des Laurentius lohnt es. Da huschen die „Spittler anderer Erde“, die Sternschnuppen, durch das Weltall, und wer sich bei dem huschenden und sausenenden Plummern und Blitzen etwas wünscht, dem wird, so sagt der Volksglaube, seine Bitte erfüllt. Und wer hätte heute nicht zu wünschen? Es ist ein sinniger Hinweis, dass die Hoffnung und die Erfüllung all unserer Sehnsüchte in der Höhe der fern und doch ewigen und allmächtigen göttlichen Gewalt und Güte liegt, die gnädig und milde sich bemüht, wenn die Not am größten auf Erden ist.

Erbach, 6. Aug. Ein geisteskranker, noch jüngerer Mann von der Heil- und Pflegeanstalt Eichberg, der sich seit gestern von dort entfernt hatte, ist heute beim Baden im Rheine ertrunken. Er wurde noch lebend ans Ufer gebracht, starb aber gleich darauf. Die Leiche wurde nach der Heil- und Pflegeanstalt verbracht.

Wiesbaden, 7. Aug. Seit heute früh streifen die Angestellten der Wiesbadener Straßenbahnen (Süddeutsche Eisenbahngesellschaft). Die Linien Mainz-Wiesbaden und Viebrich-Wiesbaden verkehren daher nicht.

Aus dem Westerwald, 6. Aug. Die Polizei verhaftete in Höhr eine große Falschmünzergilde. Der Hauptfalscher ist der Buchdrucker Roos, der mit verschiedenen Genossen aus Neuwied und Höhr falsche Fünfzigmarkscheine in großer Anzahl hergestellt hatte. Zur Herstellung der Scheine hatten die Falschmünzer amerikanischen Briefbogen mit dem Wasserzeichen des Sternentanners verwandt. Bei der Festnahme des Roos kam es zwischen diesem und den Beamten zu einem Feuergefecht, bei dem niemand verletzt wurde. Bisher wurden sechs Personen verhaftet.

Die branchenmäßige Einteilung der Frankfurter Messen. Mit voller Einnützigkeit ist in den Besprechungen der Frankfurter Frühjahrsmesse in der Tages- und Fachpresse auf den außerordentlichen Vorteil in der organisatorischen Aufziehung dieser Messen hingewiesen worden, der darin zu sehen ist, dass die Aussteller streng nach Branchen auf die verschiedenen Messehäuser verteilt sind. Es versteht sich danach von selbst, dass auch die dritte Frankfurter Internationale Messe vom 3. bis 9. Oktober streng branchenmäßig gegliedert ist. Die notwendigen Einteilungsvorbereitungen sind vom Messeamt Frankfurt a. M. soeben beendet worden. Es ergibt sich folgendes Bild der dritten Frankfurter Internationalen Messe:

Festhalle: Textilerzeugnisse und Sportbedarf;
Südhalle: Maschinenbau und Elektrotechnik;
Osthalle B: Maschinenbau und Elektrotechnik;
Osthalle A: Medizin, Chirurgie und Gummwaren;
Osthalle C: Schuhe, Lederwaren, chemische Erzeugnisse, Bürsten, Besen, Pinsel;

Westhalle A: Tabakerzeugnisse und Nebenindustrien;
Westhalle B: Landwirtschaftliche Maschinen und Geräte, Fahrzeuge aller Art;
Westhalle C: Bauwesen, sanitäre Anlagen;
Haus Offenbach: Lederwaren, Schmuckwaren und Uhren, Toiletteartikel;

Goethe-Messehaus: Kunstgewerbe, China- und Japanwaren;

Bismarck-Messehaus: Möbel mit Zubehör, Korbwaren, Musikinstrumente;

Bestand-Messehaus: Galanterie- und Spielwaren, Lehrmittel;
Gewerbe-Messehaus: Beleuchtungsartikel, Metallwaren, Haus- und Küchengeräte, Glas-, Porzellan- und Steingutwaren;

Oesterreichisches Haus: Sonderchau österreichischer Aussteller;

Messehaus Hippodrom: Bürobedarfartikel, Papierwaren, Verpackungsmaterialien;

Viktoria-Messehaus: „Das deutsche Buch“.

Römer: Antiquitäten und Kunstschau mit Kunstauktion.

Die Beschickung der Messe in den einzelnen Abteilungen ist wiederum eine außerordentlich reichhaltige, sie wird in der Übersichtlichkeit und klar gegliederten branchenmäßigen Zusammenfassung der Beschicker sehr wirkungsvoll sich darstellen. Alle Anfragen, insbesondere auch solche in Wohnungsangelegenheiten usw., werden vom Messeamt Frankfurt a. M. umgehend beantwortet.

Aus Stadt und Land.

Aussäuerung eines Mordes. Der geheimnisvolle Mord, der am 22. v. M. im Hotel „Münchener Hof“ in Berlin verübt wurde und dem der Kaufmann Paul Wolfner zum Opfer fiel, ist nunmehr aufgeklärt worden und hat zur Verhaftung der Täter geführt. Es handelt sich um ein Geschwisterpaar Regler aus Braunschweig und dessen Vetter, einen Apotheker Bod aus Berlin. Bod hat den Kaufmann Wolfner in Berlin kennen gelernt, und da dieser einen großen Brillantring trug, so vermutete Bod bei Wolfner große Summen Geldes und beschloß, Wolfner zu berauben. Er wandte sich an seinen Vetter Regler in Braunschweig und überredete diesen und dessen Schwester zur Teilnahme an der Tat. Die Geschwister scheinen darauf eingegangen zu sein, denn sie stiegen im Hotel Münchener Hof in der Königgräber Straße zu Berlin ab und trugen sich in dem Fremdenbuch als „Kaufmann Hermann Bartels und Frau“ aus Oberberg ein. Bod besorgte die Flasche mit Äther und bereitete die Tat sorgfältig vor. Der Mord ist dann von Bod und seiner Kusine verübt worden, während Regler vor dem Hotel als Auspaffer gefangen haben soll. Nach der Tat ist das Geschwisterpaar nach Braunschweig zurückgekehrt.

Attentat auf einen Personenzug. Auf der oberhessischen Bahnstrecke Wilbelshausen wurde auf einen Personenzug ein Anschlag dadurch verübt, daß ein mit Steinen gefülltes Gefäß auf die Schienen gelegt und festgebunden wurde. Die Lokomotive eines Personenzuges wurde zur Entgleisung gebracht, indessen sind Personen nicht verletzt worden.

Ein mysteriöser Leichenfund. Aus Bernburg wird gemeldet: In der Nähe des Dorfes Giersleben stieß man beim Weizenmähen auf die teilweise schon in Verwesung übergegangene Leiche eines Mannes, den der Kopf vom Rumpfe getrennt und Nasenbein und Schläfe eingeschlagen waren. Die Mordkommission des Bernburger Amtsgerichts begab sich sofort an die Fundstelle. Da weder Papiere noch Wertsachen bei dem Toten gefunden wurden, wird Mordmord angenommen.

Graf Arco, Eisners Attentäter, ist aus seiner lebenslänglichen Festungshaft von Landsberg am Lech zu einer neuen Operation in die chirurgische Klinik nach München gebracht worden. Es handelt sich um die Schußverletzungen, die er nach dem Attentat auf Eisner erhalten hatte.

Arbeitswiederaufnahme in Bittau. Die Arbeiterschaft hat beschlossen, die Arbeit wieder aufzunehmen. Der Beginn der Arbeitsaufnahme richtet sich nun danach, wann die Stromlieferung des Kraftwerkes Hirschfeld wieder einsetzen kann. Eine Befehung dieses Werkes hatte sich erledigt. Es genügt der bloße Anmarsch der Truppen, um die Terroristen noch rechtzeitig zur Besinnung bringen und die angeordnete Verhaftung des Werkes unausgeführt zu lassen. Der Regierungskommissar hat mit dem Militärbefehlshaber vereinbart, daß so schnell wie möglich mit der Zurückziehung der Truppen begonnen werde. Ueber den Bezirk Bittau ist der Ausnahmestand bereits aufgehoben worden. Ueber die Aufhebung auch im Bezirk Bittau sind die Erwägungen noch nicht abgeschlossen.

Diebstahl im Auswärtigen Amt. Ein dreifacher Diebstahl ist im Auswärtigen Amt in Berlin ausgeführt worden. Ein Kurier, der aus Paris gekommen war, hatte vier größere Pakete mitgebracht. Er übergab zwei Pakete einem Boten des Auswärtigen Amtes, der auch die beiden anderen Pakete bei einem zweiten Gange abholen sollte. Bei dem Kurier erschien jedoch ein anderer Mann, der sich als Beamter des Auswärtigen Amtes ausgab, eine gefälschte Quittung vorzeigte und sich die beiden Pakete, die für die Reichszentrale für Kriegs- und Zivilgefangene bestimmt waren, aushändigen ließ. Es hat sich herausgestellt, daß der Fremde weder Beamter des Auswärtigen Amtes noch der Reichszentrale war und daß er mit den Paketen unbemerkt das Auswärtige Amt verlassen hat. Das eine Paket, das die Aufschrift „Wert 50 000 Mark“ trug, soll Silberfachen enthalten haben, während in dem zweiten Pakete, zum größten Teil Ohrschmuck, waren über Arbeiten deutscher Kriegsgefangener, verpackt waren. Von dem Dieb fehlt bisher jede Spur. Die Kriminalpolizei ist mit der Aufklärung des geheimnisvollen Diebstahls beschäftigt.

Selbstmörder und Mörder wider Willen. Aus Ohligs (Rheinland) wird gemeldet: Infolge einer Gasexplosion flog in der Donnerstag Nacht ein Haus in die Luft; der Bewohner hatte in selbstmörderischer Absicht des Gashahn geöffnet, und als seine Tochter nach Hause kam und Licht machte, erfolgte die Explosion. Der Bewohner und ein im Hause wohnender Engländer wurden getötet, seine Frau sowie seine beiden Töchter und zwei Söhne schwer verletzt ins Krankenhaus geschafft.

Ein gefährlicher Sprengstoffdiebstahl ist in dem bekannten Ober-Ruhberg bei Elm wahrheitsgemäß für spartakistische Zwecke verübt worden. Es wurde dort eine Kiste mit runden Rührn-Sprengkörpern, 500 Sprengkapseln und 400 elektrischen Zündern mit je 1/2 Meter Draht und 243 Meter Isolierleitungsdraht für elektrische Sprengungen, wie solche in Steinbrüchen vorgenommen werden, entwendet.

Berliner Einbrecher auf Reisen. Wie aus Kolberg gemeldet wird, haben auf dem Rittergut Rauden bei Belgard (Pommern) Berliner und Danziger Einbrecher Silberfachen im Werte von hunderttausend Mark erbeutet. Zwei Einbrecher konnten verhaftet und ihnen ihre Beute wieder abgenommen werden.

Tragödie eines Geizes. In Hagen hat sich ein 78-jähriger Rentner erhängt, weil er von seinem bedeutenden Vermögen 90 000 Mark an Steuern abgeben bedeutenden Vermögen 40 000 Mark an Steuern abgeben von ungefähr 400 000 Mark zu verzehren.

Eine verurteilte Goldschmiedung. Von Beamten der Sicherheitspolizei in Stettin wurden zwei Goldschmied festgenommen, die Gold nach Schweden verschoben wollten. Man beschlagnahmte Goldbarren, Walzgold und für etwa 700 000 Mark 10- und 20-Markstücke. Der Hauptbeteiligte ist ein Stettiner Goldschmied.

Ein Reichspreis für einen hölzernen Reichsadler. Der Reichsfunktionär, Professor Dr. Redtsch, hat nach Beschickung der Ergebnisse der vom Direktor Hiltwed geführten Bewältigungsversuche der Holzschmiedschule Warmbrunn unter den Zöglingen dieser Abteilung einen Wettbewerb zur Gewinnung eines Reichsadlers ausgeschrieben und hierfür an Preisen 1000 Mark zur Verfügung gestellt.

Die Bilanz von Jittau. Nach der Schätzung der Handelskammer in Jittau beträgt der Lohnausfall durch den Putz in deren Bezirk mehr als 1 1/2 Millionen Mark. Die Summe wäre noch höher, wenn nicht eine Anzahl größerer Betriebe wegen Auftragsmangels stillgelegt hätten. Zu diesem Schaden kommt noch der große Lohnausfall, der für die Arbeiter der weiteren Oberlausitz durch die Stilllegung des Kraftwerks Dörschke seitens der Terroristen entstanden ist. Dieser Schaden beziffert sich nach Ansicht Sachverständiger auf mehrere Millionen Mark.

Originelles Notgeld. Die Stadt Moosburg (Oberbayern) hat wegen andauerndem Mangel an kleinen Wechselstücken ein Notgeld im Werte von 50 und 20 Pfg. herausgegeben. Beide Sorten sind in Dreifachdruck gehalten und sehr gefällig. Der Zwanzigpfennigsschein ist mit einem originellen Vers ausgestattet: „Notgeld! — Ist Dir and'ers lieber — Arbeit! — und verdräng die Schieber!“

Valutaschiebungen von Italienern in Wien. Die Behörden sind einem zumeist aus Italienern bestehenden Konföderium auf die Spur gekommen, welche mit Benutzung teils echter, teils falscher Dokumente sich als Mitglieder fremdländischer Kommissionen ausgaben, um namentlich in den Nationalstaaten große Valutaschiebungen durchzuführen zu können. Neben dem Valutaschmuggel besaßen sich die Mitglieder mit dem Schmuggel von Schmuck. Die Summe der Valutaschmuggels wird auf 60 Millionen Kronen beziffert. Bei Hausdurchsuchungen, die mit Wissen der fremden Kommissionen bei den betreffenden Personen durchgeführt wurden, wurden 10 Millionen gefunden.

Neueste Nachrichten.

TU Köln, 9. Aug. (Tel. Union). In einem der größten Elektrizitätswerke des besetzten Gebiets, in dem Goldenbergwerk in Knapsack bei Köln ist die Arbeiterschaft plötzlich in den Ausstand getreten, trotzdem die Betriebsleitung bereit war, eine Erhöhung der bisher für die gelernten Arbeiter gezahlten Stundenlöhne von Mark 6,90 auf 7,10 zu bewilligen. Da keine Notstandsarbeiten geleistet werden, sind die angeschlossenen Industrien und die Gemeinden auf der linken und rechten Rheinseite der Regierungsbezirke Köln und Düsseldorf in die größte Notlage geraten und über 100 000 Arbeiter drohen brotlos zu werden.

TU Paris, 9. Aug. (Tel. Union). Nach amtlichen Angaben wurden bis jetzt für den Wiederaufbau der verwüsteten Gebiete mehr als zwanzig Milliarden Francs ausgeben.

TU Stockholm, 10. Aug. Aus Warschau wird gemeldet, daß das polnische Kabinett auseinander zu fallen droht, weil es den innerpolitischen Zerwürfungen nicht Einhalt zu gebieten vermag. Die Arbeitermassen versuchen, der Regierung bereits die Gefolgschaft zu versagen und treiben eine gesonderte Politik, die eine Ausöhnung zwischen Warschau und Moskau auf der Grundlage einer politischen Koalition zum Ziele haben. Staatsminister Daszynski mußte in einer Unterredung mit Pressevertretern ausgeben, daß die sozialdemokratische Partei auseinandergeplittet sei, nur eine kleine Gruppe nationalistischer Sozial-

demokraten unterstütze noch die Regierungspolitik, während die Mehrheit der Partei zu den Kommunisten übergetreten sei und die Bildung einer polnischen Sowjetregierung, sowie Frieden um jeden Preis verlange.

TU Neval, 10. Aug. Die „Waba Maa“ veröffentlicht folgendes sensationelle Interview mit einem hochgestellten Politiker Sowjetrußlands, der kürzlich einige Tage in Neval weilte. Sowjetrußland habe drei Aufgaben zu lösen: Die endgültige Unterwerfung Polens, die russischen Interessen im fernem Osten zu wahren, wo Japan große Konzessionen gemacht werden müssen und im Schwarzen Meer, wo Konstantinopel an Sowjetrußland fallen müsse und die Ostseefrage zu lösen. Es sei ganz unmöglich sich hier abzufinden, daß hier Sowjetrußland mit dem Willen einiger kleinen Staaten rechnen müsse. Erst dann könne Sowjetrußland sich sicher fühlen, wenn es an den Küsten der Ostsee frei wie im eigenen Hause walten könne, wenn die Alandinseln, Dänemark und die übrigen Inseln in seiner Hand seien. Die Sowjetregierung habe ihre Pflichten dem Proletariat gegenüber erfüllt um die ganze innen- und außenpolitische Stellung habe sich derart gefestigt, daß man alle Kräfte unbesorgt ausnützen könne, selbst wenn ein Miljutow nach Rußland käme, werde man auch mit ihm arbeiten können.

Drucksachen liefert schnellstens die Buchdruckerei Arthur Jander.

Bekanntmachung.

Mittwoch den 11. ds. Mts., von vorm. 8—12 und nachm. von 2—5 Uhr kommt im Wirtschaftsamt Margarine das Pfund zu M. 8.50 markenfrei zum Verkauft.

Von Mittwoch den 11. ds. Mts. an kommt in der Kolonialwarenhandlung von Joh. Badior feinstes Olivenöl das Liter zu M. 40.— zum Verkauf.

Donnerstag den 12. ds. Mts. gelangen die Fleischkarten in folgender Reihenfolge zur Ausgabe. Für die Inhaber der Lebensmittelkartennummer:

1—150	391—530	751—850	von 9—10 Uhr
151—300	531—600	851—960	„ 10—11 „
301—390	601—750	961—1034	„ 11—12 „

Die Karten sind mit Namen und Nummern zu versehen, da unvollständige Karten bei der Fleischausgabe zurückgewiesen werden. Bei dem Empfang der Karten sind die alten Lebensmittelkarten vorzulegen.

Geisenheim, den 10. August 1920.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Um den sich mehrenden Fehldiebstählen wirksamer entgegenzutreten zu können, werden von jetzt ab die Namen aller zur Anzeige gebrachten Frevler an der Aushängetafel am Rathaus veröffentlicht.

Geisenheim, den 6. August 1920.

Die Polizeiverwaltung.
J. B.: Glöck, Beigeordneter.

Haus-Versteigerung.

Mittwoch, 11. Aug. 1920, vorm. 9 Uhr wird das Hausanwesen des verstorbenen Gutsbesizers W. de Laspée von Geisenheim, belegen am Römerberg u. der Weberstraße, bestehend aus

2 Wohnhäusern,
Siedereihaus, Scheune und Stall nebst Hofraum und Hausgarten

in der gegenüberliegenden Chr. Ober'schen Wirtschaft erbteilungs halber öffentlich meistbietend versteigert.

Das Hausanwesen mit ausgedehnten Kellern eignet sich nicht allein zum Betriebe von Weinbau und Landwirtschaft, sondern auch hinsichtlich seiner guten Lage zu jedem Geschäftsbetrieb. Wegen den näheren Bedingungen wolle man sich an Herrn Kirchenrechner Daniel wenden.

Geisenheim, 6. August 1920.

Die Erben.

Besten Erfolg

haben Inserate jederzeit in der Geisenheimer Zeitung (20. Jahrg.)
Exp.: Winkler Landstrasse 53b
Fernsprech-Anschluss Nr. 123.

Zwetschen-Versteigerung.

Mittwoch 11. Aug. 1920 abends 6 Uhr, werde ich im Auftrag des Herrn Martin Jacobi auf dessen Grundstück Schmiedsacker den Ertrag von 103 Zwetschenbäumen versteigern.

Geisenheim, 10. Aug. 1920.
Daniel, Gerichtskanzl. a. D.

Abhanden

gekommen ist ein schwarzbrauner Hund mit weißen Flecken, auf den Namen „Hektor“ hörend, mit zwei leichten Halsbändern. Da vermutet wird, daß ein am Donnerstag Abend 10 Uhr in M. gefallener Schuß dem Leben des Tieres ein Ende gesetzt hat, wird derjenige, der hierüber Angaben machen kann, gebeten, gegen Belohnung, sich in der Geschäftsstelle der Zeitung zu melden.

In gr. kaufm. Betriebe Rüdesheims findet ordentl. Junge, eventl. Mädchen

Lehrstelle

bei gründl. Ausbildung und kleiner Vergütung. Angebote unter A. Z. 100 an die Geschäftsst. d. Zig.

Rübsamen

zu verkaufen bei Franz Rückert Winklerlandstr. 47.

Mirabellen u. Reineklauden

bei Abnahme von 10 Pfund ab M. 1.20 bei Frau B. Rothhaupt.

Frau B. Rothhaupt.

8 Wochen alte Ferkel

zu verkaufen. Johannisberg, Grund 150.

Eingetroffen:

4 Meter lange Pflöcke, Baumstüben, Waschpflöcke, Bretter u. Latten. E. Dillmann.

Empfehle billigt

alle Sorten Obst, besonders Mirabellen, Reineklauden, dicke Pflaumen und Zwetschen Tafelbirnen und Äpfel, Rohobst und Fallobst.

Neben allen einschlägigen Gemüsen

empfehle frisch eingetroffen Lachsbrühe und alle Fischarten.

Holländer und Edamer Käse, Hand-Käse, Holl. Margarine u. Fette, Eier. Wöchentlich 2 Mal frische Hefe.

Frau B. Rothhaupt Marktstraße.

Pflaumen

das Pfund 1 Mk. Frau J. Bach Wwe. Blaubachstr. 15.

Lippmanns Keimtod

beste Stalldesinfektion empfiehlt Frau P. J. Klein Wwe. Steinheimerstrasse 5.

Neu-Bollenbach Bingen a. Rh.
liefern alle Kellereiartikel zu billigsten Preisen.
Rathausstr. 15. Telefon 506
Spezialgeschäft für Kellerei-Artikel

Früh-Obst

zu kaufen gesucht. Näheres

Gasthof Scholl Marktstraße.

Wollen Sie billig u. gut rauchen?

dann bestellen Sie sofort 2 Pfd. „Virginia“-Tabak gar. rein Ueberssee. Preis nur 50 Mk. franko. oder

100 Stück la. Cigarren gar. rein Ueberssee. Preis nur 75 Mk. franko.

Alle Preise einschli. Steuer u. Verpackung geg. Vorinsendung od. Nachnahme. Jucoson-Gesellschaft Frankfurt a. M.-Miederrad. Händler verlangen Spezialpreis!

Täglich frische Wurst.

Frau Bach, Wwe.

Täglich frische Wurst

Karl Raig, Gastwirt

Schafzuchtverein Geisenheim a. Rh.

Da nunmehr die Herde wieder leuchtend ist, können die Mitglieder ihre Schafe, die sie zu Hause haben, wieder der Herde zuführen. Die Tiere müssen zuvor dem Schafmeister Herrn Gehaus gezeigt werden, der den Besitzern darüber einen Schein ausstellt. Der Vorstand.

Futtertröge und Rauten

Frau P. J. Klein Wwe. Steinheimerstr. 5.

Hotel Restaurant, Cafe Hotel zur Linde

Telefon Nr. 205.

Rath. Kirchenchor Geisenheim a. Rh.

Heute Dienstag Abend 8 Uhr: Gesangstunde. Um pünktliches u. pünktl. Erscheinen ersucht. Der Dirigent.

„Cäcilie“ Geisenheim.

Vorstand: Andr. Ober. Mittwoch Abend 8 Uhr: Gesangstunde. Um pünktliches u. pünktliches Erscheinen erwartet. Der Dirigent.

Gesangverein Lieder-kranz.

Donnerstag Abend 8 Uhr: Gesangstunde. Um pünktliches u. pünktliches Erscheinen bitte! Der Dirigent.

Rath. Gesellenverein Geisenheim.

Lade hiermit den Gesamtvorstand zu einer wichtigen Besprechung für Mittwoch, 11. August 8 1/2 Uhr abends, ins Vereinshaus freundlichst ein. Der Präses.

Turnerschaft Geisenheim von 1858.

Dienstags und Donnerstags abends Turnstunde der alt-Turner u. Jünglinge. Besonders haben von jetzt ab die Jünglinge vollständig zu erscheinen weil von heute ab die Übungen für das Jugend-Turnen eingeleitet werden. Der Turnwart.

F. I. Geisenheimer Fußballverein 1908

Heute Dienstag Abend 8 1/2 Uhr Vorstandssitzung im Vereinslokal „Frankfurter Hof“! Pünktliches Erscheinen ist unbedingt erforderlich. Der 1. Vorsitzende.

Wir machen unsere alt-Spieler nochmals darauf aufmerksam, daß diejenigen, die an der diesjährigen Verbands-Spielsaison teilnehmen wollen, sich längstens bis zu der Spielerziehung am 14. ds. Mts. zu melden haben.

Bauschule Rastede

Meister- u. Polierkurse. Eintritt August, Oktober und Januar. Ausfuhr. Programm Mk. 2.—.

Besuchskarten

liefert schnellstens Buchdruckerei A. Jander.